

You have downloaded a document from



The Central and Eastern European Online Library

The joined archive of hundreds of Central-, East- and South-East-European publishers, research institutes, and various content providers

Source: Südosteuropa Mitteilungen

Südosteuropa Mitteilungen

Location: Germany

Author(s): Vedran Džihic

Title: 2020: Das schwierige Covid-19-Jahr auf dem Westbalkan. Eine erste Bilanz der sozio-ökonomischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Trends
2020: The Difficult Covid-19 Year in the Western Balkans. Taking Stock of Socio-economic Developments and Political Trends

Issue: 6/2020

Citation style: Vedran Džihic. "2020: Das schwierige Covid-19-Jahr auf dem Westbalkan. Eine erste Bilanz der sozio-ökonomischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Trends". Südosteuropa Mitteilungen 6:7-24.

<https://www.ceeol.com/search/article-detail?id=929863>

Analyse

Vedran Džihic

2020: Das schwierige Covid-19-Jahr auf dem Westbalkan

Eine erste Bilanz der sozio-ökonomischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Trends

Abstract

2020: The Difficult Covid-19 Year in the Western Balkans – Taking Stock of Socio-economic Developments and Political Trends

The Covid-19 pandemic shaped 2020 in the Western Balkans. It exacerbated all structural problems and dilemmas that were already visible in the region. The very sharp increase in the number of infections in autumn and winter 2020/21 deepens the crisis even further. Regardless of the further course of the pandemic and the speed of the vaccination roll-out, 2021 will be overshadowed by its structural consequences. The negative socio-economic development of 2020 will deepen and most probably continue to negatively affect the state of democracy in the region.

The article focuses on current political and social changes in the Covid-19 year 2020, incl. phenomena such as political exploitation of the crisis, elections and its effects, spreading conspiracy theories or political alternatives to the status quo.

Dr. Vedran Džihic

Promovierte in Politologie an der Universität Wien und war danach Austrian Marshall Plan Fellow an der SAIS, John Hopkins University, Washington D.C. Er ist Mitglied von BiEPAG (Balkans in Europe Policy Advisory Group), außerdem Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik – oiip, Senior Lecturer an der Universität Wien und Direktor des Center of Advanced Studies South Eastern Europe/CAS SEE an der Universität Rijeka.

Autor zahlreicher Buchpublikationen, Beiträge und Artikel in internationalen wissenschaftlichen Journalen und Medien. Arbeitsschwerpunkte: Demokratisierung, Autoritarismus, Südosteuropa.

Kontakt: vedran.dzihic@oiip.ac.at

Der Beitrag wurde fertig gestellt Ende Dezember 2020.

Im schmalen Büchlein mit dem provokanten Titel „Ist heute schon morgen?“¹ erinnert uns einer der führenden europäischen Intellektuellen, Ivan Krastev, an den großartigen Roman von José Saramago, „Die Stadt der Blinden“. Im Roman lässt die Epidemie der „weißen Blindheit“ die Bewohner einer Stadt erblinden und die Regierung zu drakonischen Maßnahmen – zum ultimativen Lockdown – greifen. So schnell und unerklärlich, wie die Epidemie kam, verschwindet sie in Saramagos Roman auch. Sie hinterlässt die Menschen mit der Frage, warum sie blind wurden. Krastev ist überzeugt: Mit der Metapher der Blindheit will uns Saramago helfen, die Wahrheit über unsere Gesellschaften zu sehen.

Der Ausbruch des Covid-19-Virus im März 2020 traf alle Staaten Europas und weltweit unvorbereitet und löste eine historische Krise aus. Für die Staaten des Westbalkans war das Jahr 2020 sicherlich das schwierigste seit den Kriegen der 1990er Jahre. Der Covid-19-Ausnahmestand, der im Frühjahr einsetzte und den wir in unterschiedlichen Schattierungen Ende des Jahres 2020 noch immer erleben, gab den Blick frei auf all die Stärken und Schwächen der Gesellschaften in Europa und vor allem auf dem Westbalkan.

Das Jahr 2020 war in Anlehnung an Ivan Krastev metaphorisch gesprochen das Jahr der Wahrheiten über die Gesellschaften der Region. Am Ende des Jahres 2020 sind einige Illusionen über die Demokratie-Entwicklung oder Europäisierung einer tiefen Verbitterung gewichen. Es gab aber auch einige politische Veränderungen und Entwicklungen, aus denen man Hoffnung schöpfen kann. Die Hoffnung auf positive Entwicklungen ist bedroht durch das Damoklesschwert ernüchternder Fakten über die wirtschaftliche Entwicklung, über die öffentliche und hier vor allem medizinische Infrastruktur oder über das soziale System. Auch die weite Verbreitung der Verschwörungstheorien im Covid-19-Kontext stimmt nachdenklich.

Corona-Krise als Zäsur²

Die Region, die auch vor der Covid-19-Pandemie mit vielfältigen und komplexen politischen, sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Problemen kämpfte, war keinesfalls für die schwere gesundheitliche Herausforderung zu Beginn der Pandemie gerüstet. Wie schon in meinem Artikel in den Südosteuropa Mitteilungen im Sommer 2020 ausgeführt, hat bereits die erste Phase der Corona-Krise, die von Februar bis etwa Mai 2020 andauerte, alle bereits sichtbaren strukturellen Probleme und Dilemmata der Staaten des Westbalkans verstärkt.³ In weiterer Folge und vor allem auch mit einem sehr starken Anstieg der Infektionszahlen im Herbst und Winter 2020/2021, bei denen die Staaten der Region zum Teil an der Spitze der europa- und weltweit am stärksten vom Covid-19-Virus getroffenen Staaten (gemessen an Erkrankten per 100.000 Einwohner) standen, können wir von einer Fortsetzung und sogar Zuspitzung des krisenhaften Ausnahmezustandes sprechen. Es ist zu

- 1 Ivan Krastev, *Ist heute schon morgen? Wie die Pandemie Europa verändert*, Ullstein Verlag, Berlin 2020.
- 2 Einen guten Überblick über den Verlauf der Corona-Krise in den Westbalkan-Staaten bieten folgende Nachrichtenportale und -quellen: Radio Free Europe (www.danas.org), Al Jazeera Balkans (balkans.aljazeera.net) sowie der regionale Nachrichtensender N1 (ba.n1info.com, sr.n1info.com und hr.n1info.com) bringen einen stets aktualisierten Überblick über Entwicklungen und liefern eine ganze Reihe von Analysen. BalkanInsight (balkaninsight.com) liefert eine gute Übersicht auf Englisch, und zwar nicht nur zur Region des Westbalkans, sondern zur breiteren Region Südosteuropa. Im deutschsprachigen Raum sind insbesondere die Berichterstattung in „Der Standard“ (Adelheid Wölfl), der NZZ (Andreas Ernst), der FAZ (Michael Martens) oder der taz (Erich Rathfelder) hervorzuheben. Auch das ARD-Studio in Wien oder die Services der Deutschen Welle sind um breite journalistische Abdeckung der Entwicklungen auf dem Westbalkan bemüht.
- 3 Vgl. Vedran Džihčić, Die Corona-Krise auf dem Westbalkan – Eine erste Analyse des Verlaufs, der Folgen sowie der demokratiepolitischen Implikationen, in: SOM 1–2/2020, 60. Jahrgang, S. 7–21.



Wandgemälde in Skopje, inspiriert von der Corona-Krise, Skopje, Nordmazedonien, 21.05.2020.

Foto: imago images / Pixsell

Beginn des kommenden Jahres davon auszugehen, dass unabhängig vom Eintreffen und dem Verlauf der Impfaktion auch das Jahr 2021 von der Pandemie und ihren strukturellen Folgen überschattet sein wird. Die negative sozio-ökonomische Entwicklung des Jahres 2020 wird sich noch vertiefen und aller Voraussicht nach zu einer Zuspitzung der politischen Konflikte und Grabenkämpfe in einzelnen Staaten selbst beziehungsweise auf der regionalen Ebene führen. Da jede Krise die Tendenz in sich birgt, nach einer gewissen Zeit als Normalzustand zu erscheinen, müssen wir uns die Frage stellen, welche strukturellen und langfristigen Folgen die „Normalisierung“ dieser so fundamentalen Krise auf die Stabilität der Region, ihre Entwicklungschancen, aber vor allem auf die Demokratie-Entwicklung und den Prozess der EU-Annäherung haben wird.

Im folgenden Artikel soll ein Überblick über den bisherigen Verlauf der Covid-19-Pandemie, den Ist-Zustand am Ende des Jahres 2020 und die Auswirkungen der Pandemie auf die politische und sozio-ökonomische Entwicklung der Region gegeben werden. Der Beitrag schließt zeitlich und inhaltlich an meinen im Sommer 2020 veröffentlichten Beitrag in den Südosteuropa Mitteilungen an. Während in meinem ersten Beitrag zur Covid-19-Pandemie auf dem Balkan ein größerer Teil der Analyse den Fragen des EU-Einflusses auf die Region und der Zukunft der Erweiterungspolitik angesichts der zunehmenden autoritären Tendenzen gewidmet war, wird in diesem Beitrag stärker auf aktuelle politische und gesellschaftliche Veränderungen im Covid-19-Jahr 2020 (wie Ausnutzung der Krise, Wahlen, Verbreitung der Verschwörungstheorien bzw. politische Alternativen zum Status quo) eingegangen. Beide Beiträge ergänzen sich also und ergeben zusammen ein geschlosseneres Bild über das Corona-Jahr 2020 auf dem Westbalkan.

Zahlen und Fakten zum Pandemie-Jahr 2020

Die Zahlen über die Covid-19-Infizierten und jener Personen, die mit oder an Covid-19 im Verlauf des Jahres verstorben sind, zeigen ein eindeutiges Bild. Die Zahlen der an Covid-19- Infizierten stiegen seit Anfang März 2020 in allen Staaten des Westbalkans kontinuierlich an, waren aber sowohl in absoluten Zahlen als auch in Zahlen per 100.000 Einwohner im europäischen Schnitt relativ niedrig. Im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2020

und vor allem zur zweiten Welle der Pandemie, die im Spätherbst und Frühwinter 2020 den Höhepunkt erreichte, war die erste Welle harmlos. Wie in der *Tabelle 1* ersichtlich, die einen Überblick gibt über die kumulative Anzahl der Infizierten und Verstorbenen in den Staaten der Region mit dem Stichtag 25. Mai 2020 (nach dem Ende der ersten Welle), waren sowohl die Infiziertenzahlen als auch Zahlen der an oder mit Covid-19-Verstorbenen verhältnismäßig gering.

Tabelle 1: **Covid-19-Infektionen und Anzahl der Toten in Südosteuropa (Stichtag 25. Mai 2020)**

Land	Anzahl der Erkrankten (gesamt)	Anzahl der an oder mit Covid-19-Verstorbenen (gesamt)
BuH	2.401	144
Serbien	11.159	238
Montenegro	324	9
Nordmazedonien	1.978	113
Albanien	998	32
Kosovo	1.003	29
Kroatien	2.244	99
Slowenien	1.468	107

Quelle: Eigendarstellung anhand der Daten von Radio Free Europe – Radio Slobodna Evropa, abrufbar unter <https://www.slobodnaevropa.org/a/30534027.html>.

Die Zahl der Toten in der gesamten Region (inkl. Slowenien und Kroatien) betrug bis zum Stichtag (25. Mai 2020) etwas weniger als 800 Personen, was im Vergleich zu den meisten Staaten der EU eine geringe Sterblichkeitsrate bedeutet. Auch gab es in der ersten Phase mehr oder weniger starke Unsicherheiten auf Grund der limitierten Anzahl der Testungen, die in allen der in *Tabelle 1* aufgeführten Staaten hinter dem europäischen Durchschnitt hinterherhinkte.⁴

Die Anzahl der neuen Fälle und der Toten pro Tag beträgt am Ende des Jahres 2020 ein Vielfaches von jenen Ziffern aus der ersten Welle. Im Dezember lagen die durchschnittlichen Zahlen der Neuerkrankten pro Tag in Serbien beispielsweise zwischen 5.000 und 7.000 Fällen. In Kroatien waren es im Schnitt 3.000 neue Fälle pro Tag, in Slowenien mehr als 2.000, in anderen Staaten der Region wie Bosnien und Herzegowina oder Mazedonien etwa 1.000 (mit Höhen bis zu 2.000 Fällen pro Tag in BuH), im höheren dreistelligen Bereich in Albanien und einigen Hundert pro Tag in Kosovo und Montenegro. Bei der Anzahl der Infizierten per 100.000 Einwohner liegen die meisten Staaten des Westbalkans zeitweise auf den Spitzenplätzen weltweit. Die Zahlen sind Ende des Jahres weiterhin extrem hoch und es gibt kaum Anzeichen für eine substanzielle Verlangsamung oder Abschwächung des Infektionsgeschehens.

4 Steven Blockmans / Erwan Fouéré (Eds.), Southeast Europe – COVID-19 bulletin No 1, Domestic Medical Situation and Social Responses, May 8th, 2020.

Tabelle 2: **Covid-19-Infektionen in Südosteuropa, Anzahl der Toten, der aktiven Fälle sowie die Anzahl der Infizierten per 100.000 Einwohner (Stichtag 20. Dezember 2020)**

Land	Anzahl der Erkrankten (gesamt bis 20.12.2020)	Anzahl der mit oder an Covid-19-Verstorbenen (gesamt)	Anzahl der aktiven Fälle (Stichtag 20.12.2020)	Anzahl der Infizierten per 100.000 Einwohner
BuH	103.232	3.511	31.476	3.063
Serbien	282.601	2.482	248.583	3.826
Montenegro	42.563	610	21.910	6.658
Nordmazedonien	75.597	2.194	21.910	3.545
Albanien	50.637	637	23.216	1.695
Kosovo	47.499	296	11.318	2.590
Kroatien	183.045	2.870	22.402	4.315
Slowenien	100.389	2.190	20.746	4.628

Quelle: Eigendarstellung anhand der Daten von Radio Free Europe – Radio Slobodna Evropa, abrufbar unter <https://www.slobodnaevropa.org/a/30534027.html> und der Daten von der Webpage des Regional Cooperation Council (RCC), abrufbar unter www.rcc.int.

Interessant und im europäischen Durchschnitt sehr besorgniserregend sind die prozentuellen Sterberaten der an Covid-19 erkrankten Personen. In Bosnien und Herzegowina liegt die Sterberate bei sehr hohen 3,12 Prozent, in Nordmazedonien bei 2,82 Prozent und in Kosovo bei 2,56 Prozent. Das sind überdurchschnittlich hohe Sterberaten. In Montenegro liegt die Rate bei 1,4 Prozent, ähnlich hoch wie in Kroatien mit 1,43 Prozent oder in Slowenien mit 1,96 Prozent. In Serbien scheint die (offiziell angegebene) Rate der mit oder an Covid-19-Verstorbenen sehr viel geringer zu sein als im Rest der Region und dies trotz der Tatsache, dass gerade in Serbien die absolute Zahl von Covid-19-Erkrankten sehr hoch ist und strukturelle Faktoren (wie z. B. die medizinische Infrastruktur) sich im Vergleich kaum von anderen Staaten der Region unterscheiden.

Im serbischen Fall wurde von einigen unabhängigen investigativen Plattformen wie BIRN nachgewiesen, dass die serbische Regierung mit hoher Wahrscheinlichkeit vor allem während der starken Welle an Covid-19-Infektionen zu Beginn des Sommers die Zahlen aus politischen Gründen gefälscht beziehungsweise nicht vollständig erfasst hatte. So weist der Bericht von BIRN nach, dass vom 19. März bis 1. Juni 2020 in Serbien insgesamt 632 Menschen starben, die positiv auf das Corona-Virus getestet worden waren, was mehr als das Doppelte der offiziellen Zahl von 244 Todesfällen in diesem Zeitraum war. Anhand der Analyse von Daten aus dem staatlichen COVID-19-Informationssystem belegte BIRN auch, dass die Zahl der Infizierten während der zweiten Welle im Juni mindestens 300 pro Tag betrug, während die Behörden eine maximale Zahl von 97 neuen Fällen vermeldeten.⁵

Auch wenn die Zahlen in Südosteuropa seit Ausbruch der Epidemie im europäischen Vergleich relativ niedrig waren, zeigte sich von Beginn an das Bild einer teils dramatischen Überforderung der medizinischen Infrastruktur. In allen Staaten wurde schnell ein eklatanter Mangel an notwendiger medizinischer Grundausrüstung und vor allem an Schutz-

5 Vgl. BIRN, Serbia Under-Reported COVID-19 Deaths and Infections, Data Shows, 22.6.2020, abrufbar unter <https://balkaninsight.com/2020/06/22/serbia-under-reported-covid-19-deaths-and-infections-data-shows/>

ausrüstung für den Kampf gegen Covid-19 sichtbar. Die technische Unterausstattung bei Beatmungsgeräten und Schutzmaterial wurde in der Zwischenzeit behoben, der Mangel an qualifiziertem Personal – verstärkt nicht zuletzt durch einen Exodus von geschultem medizinischen Personal in den Westen in den letzten Jahren – bleibt bis heute ein akutes Problem.

Im Umgang mit der Pandemie zwischen der ersten Welle aus dem Frühjahr 2020 und der zweiten, zahlen- und intensitätsmäßig deutlich verheerenderen Welle zeigen sich deutliche Unterschiede und eine paradigmatische Verschiebung sowohl der Rhetorik als auch der konkreten Prioritäten und Maßnahmen der Regierungen. Während die erste Welle geprägt war von sehr strengen Maßnahmen und radikalen Einschränkungen des öffentlichen Lebens (Kontaktverbote, Quarantäneregelungen, polizeiliche Ausgangssperre, etc.), ist man im Verlauf des Jahres in allen Staaten der Region zu gemischten Maßnahmen übergegangen. Die harten Maßnahmen wie jene in der ersten Welle blieben bis in den Winter in der Regel aus. Die meisten Regierungen in der Region waren darauf bedacht, dass das wirtschaftliche Leben nach Möglichkeit nicht zu sehr eingeschränkt bleibt und nahmen dafür steigende Infektionszahlen in Kauf. Während in vielen EU-Staaten im November und Dezember 2020 wieder unterschiedliche Formen des Lockdowns bis hin zum „harten Lockdown“ wie in Deutschland oder Österreich eingeführt wurden, hielt man in Südosteuropa Abstand davon.

Wirtschaftliche und soziale Folgen der Covid-19-Pandemie in Südosteuropa

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft und die Sozialsysteme der Staaten in der Region Westbalkan sind bis heute sehr negativ. Während bereits die Lockdowns der ersten Welle ganz klar zeigten, dass die Folgen auf die wirtschaftlichen und sozialen Systeme in der Region schwerwiegend sein werden, lässt die noch intensivere Corona-Welle des späten Herbstes und des Winters 2020/2021 befürchten, dass die Folgen weitaus dramatischer als prognostiziert sein werden.

Die Region befand sich in den letzten Jahren noch immer in einer Erholungsphase von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008/09. Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie werden im Vergleich zur Wirtschafts- und Finanzkrise im Bereich des Brutto-sozialprodukts, der finanziellen Stabilität und des Konsums, aber auch bei zentralen sozialen Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Löhne oder Armutszahlen deutlich größer sein. Die Kennzahlen, die derzeit zur Verfügung stehen, sprechen eine eindeutige Sprache.

Nach derzeit zur Verfügung stehenden Prognosen, die noch vor der Ende des Jahres grasierenden Covid-19-Welle erstellt wurden, wird der Einbruch des Bruttosozialprodukts zwischen etwa drei Prozent in Serbien sowie Bosnien und Herzegowina, bei etwa vier Prozent in Nordmazedonien, bei mehr als acht Prozent in Albanien und Kosovo und bei mehr als 12 Prozent in Montenegro betragen. Die negative Entwicklung des Bruttosozialprodukts wird auch in den benachbarten Staaten Kroatien (minus neun Prozent) und Slowenien (minus 7,1 Prozent) groß sein (siehe *Tabelle 2*).

Die Hauptursachen für die Schrumpfung der Wirtschaften sind der Rückgang der Inlands- und Auslandsnachfrage sowie Probleme in den Lieferketten, insbesondere zu Beginn des Jahres 2020, als die Länder rigide Lockdowns verhängten. Eine zweite und viel stärkere Welle der Pandemie auf dem westlichen Balkan seit Mitte Juni sowie die neuerliche Welle im Herbst/Winter 2020 behindern, zusammen mit politischen Unsicherheiten über den Ausgang der Wahlen in einigen Ländern, die wirtschaftliche Erholung weiter. Zugleich

wirkt sich in jenen Staaten, die stark vom Tourismus abhängig sind, der Verlust der Einnahmen aus einer vergleichsweise sehr schlechten oder zum Teil fast verlorenen Sommersaison negativ aus (vor allem in Albanien, Kosovo und Montenegro, aber auch in Kroatien).

Tabelle 3: **Wirtschaftswachstum 2019 und Prognose des Wirtschaftswachstums 2020 für sechs Westbalkan-Staaten plus Kroatien und Slowenien (in Prozent)**

Land	Wirtschaftswachstum 2019	Wirtschaftswachstum 2020 (Prognose)
Bosnien und Herzegowina	2,6	-3,2
Serbien	4,2	-3,0
Montenegro	3,6	-12,4
Nordmazedonien	3,6	-4,1
Albanien	2,2	-8,4
Kosovo	4,2	-8,8
Kroatien	2,9	-9,0
Slowenien	2,4	-7,1

Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), Wien, 6. Mai 2020, abrufbar unter <https://wiiw.ac.at/wiiw-further-cuts-its-forecast-for-economic-growth-in-eastern-europe-to-below-2009-level-and-sees-weaker-recovery-n-442.html>; wiiw, Monthly Report, Special Forecast Update, Looking for Shelter from the Storm, Mai 2020 und World Bank Group: Western Balkans Regular Economic Report, No. 18, Fall 2020, An Uncertain Recovery, Washington DC 2020 und Angaben der EU-Kommission: European Commission, European Economic Forecast, Autumn 2020, Brussels, 5. November 2020.

Aufgrund der Rezession haben sich auch die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Bis Juni war die Arbeitslosenquote in der Region um 0,5 Prozentpunkte gestiegen, 139.000 Arbeitsplätze gingen verloren. Diese negative Ziffer hat sich sicherlich in der Zwischenzeit vergrößert. Auch die Armutszahlen sind wieder im Steigen begriffen. Beschäftigungsförderungs-Programme und andere staatliche Maßnahmen trugen zwar dazu bei, dass die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zum Teil abgefedert und ein explosionsartiges Ansteigen der Armut verhindert werden konnte. Dennoch, in Albanien, in Kosovo, in Montenegro und in Serbien hat die COVID-19-Krise schätzungsweise mehr als 300.000 Menschen in die Armut getrieben – eine bedeutende Zahl, aber weniger als die Hälfte dessen, was ohne die Reaktionsmaßnahmen an neuen Armutsziffern zu verzeichnen gewesen wäre.

Zahlreiche Studien zu sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie zeigen eine Zunahme der Ungleichheiten und eine stärkere Belastung für jene Bevölkerungsgruppen, die bereits vor der Corona-Krise zu vulnerablen Gruppen zählten.⁶ Bereits in der ersten Phase der Corona-Krise zeigte sich deutlich, dass die sozial schwachen und benachteiligten Gruppen besonders stark unter den Folgen litten – ein Befund, der sich im zweiten Halbjahr deut-

6 Siehe dazu als Beispiel die UN-Studie zu Serbien: *UN Serbia/UNDP Serbia, Covid-19 Socio-economic Impact Assessment*, 28. September 2020 oder UN in Bosnia and Herzegovina: *Socio-economic Impact Assessment of the COVID-19 crisis in Bosnia and Herzegovina*, Sarajevo, 17. September 2020. Eine gute regionale Überblicksanalyse zum ersten Halbjahr 2020 liefert auch folgende Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: *Gordana Matković / Paul Stubbs, Social Protection in the Western Balkans. Responding to the Covid-19 Crisis*, FES Southeast Dialogue, Sarajevo July 2020.

lich verstärkt hat. Neben den von Arbeitslosigkeit und Armut betroffenen Menschen sind es vor allem alleinerziehende Personen, Frauen, Mitglieder von gesellschaftlich marginalisierten Minderheiten wie Roma, Menschen mit psychischen Erkrankungen und zahlreiche andere marginalisierte Gruppen, die die Covid-19-Pandemie vor existenzielle Probleme stellt.

Wie die Weltbank⁷ und die OECD⁸ in ihren Studien zu Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Wirtschaften auf dem Westbalkan betonen, ist der Verlauf der Erholung und des möglichen Wachstums alles andere als risikofrei: Kurzfristig wird die Geschwindigkeit der Erholung davon abhängen, wie sich die Pandemie entwickelt und wie schnell und effizient ein Impfstoff eingesetzt werden kann, der zur schrittweisen Normalisierung der Wirtschaftstätigkeit führen sollte. Die ersten Nachrichten diesbezüglich Ende des Jahres sorgen keinesfalls dafür, dass es Planungssicherheit für die Wirtschaftstreibenden und Zuversicht in der Bevölkerung gibt.

Ganz im Gegenteil, in vielen Staaten herrscht große Unsicherheit darüber, wann und in welchem Ausmaß Impfstoff zur Verfügung stehen wird. Es gibt auch – wie in Serbien oder auch in Bosnien und Herzegowina – eine regelrechte öffentliche Debatte darüber, ob und wann der Impfstoff zur Verfügung stehen wird beziehungsweise ob die öffentliche Hand (z. B. die Regierung der Föderation von Bosnien und Herzegowina im konkreten Fall) rechtzeitig den europäischen Mechanismus zur Anschaffung des Impfstoffes aktiviert hat, der auch für die Erweiterungsländer auf dem Westbalkan gilt. Hinzu kommt die auf dem Westbalkan weit verbreitete Impfskepsis bis Impfablenkung (siehe weiter unten die Ausführungen zu Verschwörungstheorien).

Ein weiterer negativer Faktor, die verzögerte Erholung der wichtigsten Handelspartner der Region, insbesondere der EU, könnte die wirtschaftliche Normalisierung verlangsamen, indem die Handels- und Überweisungsströme verringert werden. Die umfangreichen Lockdowns im Dezember 2020 und am Übergang zum Jahr 2021 bei den wichtigsten Handelspartnern des Westbalkans wie Deutschland, Österreich oder Italien werden die wirtschaftliche Erholung dieser EU-Staaten verlangsamen und damit einen zusätzlichen negativen Effekt auf die Region Westbalkan haben.

Wie bereits in meiner vorläufigen Analyse der ersten Welle der Covid-19-Pandemie auf dem Westbalkan festgehalten, werden sich all die wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheiten in einer auch vor der Krise mit strukturellen Problemen kämpfenden Region wie dem Westbalkan besonders negativ niederschlagen. Angesichts der bereits seit den Kriegen in den 1990er Jahren sehr hohen Korrelation zwischen geringem Lebensstandard, hohen Arbeitslosenzahlen und strukturellen Schwächen der Wirtschaft und der Sozialsysteme auf der einen und den politischen Entwicklungen beziehungsweise dem Status quo der Demokratieentwicklung auf der anderen Seite, besteht am Beginn des Jahres 2021 ein noch stärkerer Grund zur Besorgnis, als am Ende der ersten Welle im Frühjahr.

7 World Bank Group, Western Balkans Regular Economic Report, No. 18, Fall 2020, An Uncertain Recovery, Washington DC 2020, abrufbar unter <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/34644>

8 OECD, The Covid-19 Crisis in the Western Balkans. Economic impact, policy responses, and short-term sustainable solutions, 2020, abrufbar unter <https://www.oecd.org/south-east-europe/COVID-19-Crisis-Response-Western-Balkans.pdf>

Unterstützung für die Region von außen – Die EU als zentraler Akteur

Die EU war nach der anfänglichen starken Kritik an mangelnder Solidarität demonstrativ bemüht, die Nähe zum Westbalkan zu betonen und rasch konkrete Unterstützung zuzusagen und Hilfen zu mobilisieren. Die erste Reaktion erfolgte im Rahmen des von der EU ins Leben gerufenen „Team Europe“-Ansatzes. Mit diesem Ansatz mobilisierte die EU Mittel in der Höhe von 700 Millionen Euro, um den Ländern des Westbalkans und weiteren Nachbarschaftsregionen der EU gezielte Unterstützung bei der Bewältigung der Pandemie schnell zukommen zu lassen.⁹ Der Ansatz kombiniert Ressourcen aus der EU, ihren Mitgliedstaaten und Finanzinstitutionen und hier insbesondere der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, um die Partnerländer zu unterstützen und ihre kurzfristigen Bedürfnisse sowie die längerfristigen strukturellen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft zu berücksichtigen.

Auf dem virtuell abgehaltenen Westbalkan-Gipfeltreffen in Zagreb am 6. Mai 2020 konnte die EU ein umfassendes Paket für die weiteren Nothilfen sowie für die wirtschaftliche und soziale Konsolidierung der Länder der Region verkünden. Insgesamt versprach die EU den Staaten der Region eine Summe von 3,3 Milliarden Euro an Finanzhilfen.¹⁰ In diesem Covid-19-Finanzpaket sind Gelder zur Bewältigung der Gesundheitskrise, für eine rasche sozio-ökonomische Erholung und zur Unterstützung von Unternehmen und Investitionen des öffentlichen Sektors enthalten.¹¹ Hinzu kommen die 2020 geleisteten makro-finanziellen Unterstützungen der internationalen Finanzinstitutionen an die Staaten des Westbalkans, die ebenfalls sehr stark zur Stabilisierung der Finanzsysteme und des Budgets eingesetzt werden.

Tabelle 4: **Unterstützung der Region durch IMF, EU Macro Financial Assistance und World Bank im Jahr 2020**

Land	IMF Rapid Financial Instruments (in Mio. Euro)	EU Macro Financial Assistance (in Mio. Euro)	World Bank (in Mio. Euro)
Bosnien und Herzegowina	333	250	33
Serbien	–	–	–
Montenegro	74	60	–
Nordmazedonien	176,7	160	140
Albanien	174	180	15
Kosovo	52	100	75

Quelle: World Bank Group: *Western Balkans Regular Economic Report, No. 18, Fall 2020, An Uncertain Recovery*, Washington DC 2020.

Die Unterstützungszahlungen und die versprochenen strukturellen Hilfen der EU untermauern noch einmal, dass trotz des verstärkten Engagements Chinas die EU objektiv der

9 https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/urpilainen/announcements/commissioner-urpilainen-team-europe-our-partners-against-covid-19_en

10 EU-Westbalkan-Gipfel: Harmonisch und wenig konkret, Deutsche Welle, 6.5.2020, <https://www.dw.com/de/eu-westbalkan-gipfel-harmonisch-und-wenig-konkret/a-53355377>

11 Ein guter Überblick über die konkreten Zahlen ist im folgenden Dokument des Europäischen Rates enthalten: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/economic-support-to-western-balkans/>

stabilste Partner der Region bleibt. Das anhaltend starke Engagement der EU hat sich im Corona-Jahr verstärkt. Auch das starke sowohl konkrete, aber auch symbolische Engagement der EU-Delegationen und der EU-Botschafter in der Region bei den Covid-19-Hilfen ist positiv hervorzuheben. Einige EU-Botschafter wie Johann Sattler in Bosnien und Herzegowina haben mit ihrem unermüdlichen Einsatz und auch einer Fokussierung auf die Bedürfnisse der Bürger, der Jugendlichen und der von der Krise am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen viel positives politisches und symbolisches Kapital für die EU erarbeiten können.

Die EU machte dann mit der Veröffentlichung des ambitionierten „Economic and Investment Plan for the Western Balkans“ am 6. Oktober 2020 den nächsten Schritt in langfristiger strategischer und struktureller Unterstützung für die Staaten des Westbalkans in und nach der Corona-Pandemie.¹² Mit der Einsicht in die Notwendigkeit von Struktur-Reformen, der Überwindung struktureller Schwächen, der Stärkung des Innovationspotenzials und der Beschleunigung des grünen und digitalen Übergangs definierte die EU durchaus zentrale Zukunfts-Prioritäten für die Gesellschaften des Westbalkans und kündigte entsprechende Mobilisierung von weiteren finanziellen Unterstützungsmechanismen an. Der Wirtschafts- und Investitionsplan sieht ein umfangreiches Investitionspaket in Höhe von neun Milliarden Euro für die Region vor und soll zentral eine nachhaltige Konnektivität, das Humankapital, die Wettbewerbsfähigkeit, ein inklusives Wachstum sowie die ökologische und die digitale Wende unterstützen.¹³

Politische Ausnutzung der Corona-Krise – Turbulentes Jahr 2020 und populistisch-autoritäre Gefahren

Große Krisen bringen unweigerlich turbulente Zeiten für das politische Leben und für die Demokratie mit sich. Die Corona-Krise hat in einigen Staaten den Umschwung von demokratischen in offen illiberale oder sogar autoritäre Regierungsformen beschleunigt. Das autoritäre Regierungsverständnis schimmert in Zeiten der Pandemie auch in so manchen politischen Entscheidungen in „alten europäischen“ Demokratien durch, wo mutwillig an der Verfassung vorbei Grundrechte eingeschränkt werden oder bewusst mit politischen Emotionen, vor allem mit Ängsten, gespielt wird.

In Südosteuropa ist die Corona-Krise ebenfalls zum Politikum geworden. Wie in meinem früheren Beitrag in den Südosteuropa Mitteilungen ausführlicher diskutiert, waren wir in Südosteuropa vom Beginn der Krise an Zeugen eines neuen und verstärkten geopolitischen Kampfs in der Region. Vor allem die rasche Hinwendung zu China am Beginn der Krise und eine zunehmende Entfremdung von der EU waren besorgniserregend. In der Zwischenzeit haben sogar die stärksten Kritiker der EU wie der serbische Präsident Aleksandar Vučić doch wieder ihre Haltung korrigiert, da es ausgerechnet die EU war und ist, die bei Weitem den größten Beitrag zur Unterstützung der Gesellschaften in der Pandemie leistet.

12 Vgl. *European Commission, An Economic and Investment Plan for the Western Balkans*, Brussels, 6.10.2020, abrufbar unter https://www.wb6cif.eu/wp-content/uploads/2020/10/communication_on_wb_economic_and_investment_plan_october_2020_en.pdf

13 Zu einem wesentlichen Aspekt der durch die Corona-Krise beschleunigten Transformationen der Gesellschaften gehört sicherlich die digitale Transformation. Am 17. Dezember 2020 wurde eine neue, von Florian Bieber verfasste Studie zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die digitale Transformation der Länder des Westbalkans vorgestellt. Siehe: *Florian Bieber, The Digital Leap. How COVID19 Transformed the Digital Future for the Western Balkans*, abrufbar unter <https://www.digital-wb.eu>

Dennoch sind die demokratiepolitisch problematischen Schritte aus der ersten Phase der Pandemie nicht ohne Folgen geblieben. Die damalige Einführung der militärisch und polizeilich streng überwachten Polizeisperrstunden, Einschränkungen der Grund- und Menschenrechte, die Konzentration von Machtbefugnissen auf Einzelpersonen und eine teilweise Umgehung der Rechtsstaatlichkeit und der Institutionen hinterlassen Spuren und verändern nachhaltig die ohnehin fragilen strukturellen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Demokratie in der Region.

In einer Ende 2020 veröffentlichten Studie von Agon Maliqi wird die These aufgestellt, dass sich in der gesamten Region des Westbalkans ein „illiberales Gleichgewicht“ („illiberal equilibrium“) eingestellt hat. Das neue „illiberale Gleichgewicht“, das sich meiner Meinung nach durch die Corona-Krise verfestigt hat, setzt sich – wie Agon Maliqi und seine Ko-Autoren ausführen – aus einer ganzen Reihe von Faktoren und Phänomenen zusammen, die von einer autoritären Ausnutzung der Institutionen über „strategische Korruption“, eine Kultur der Informalität bis hin zur Erosion der bürgerlichen Freiheiten und der Kontrolle der Medien reichen.¹⁴ Dieses „illiberale Gleichgewicht“ wird sicherlich dadurch verstärkt, dass autoritäre Großmächte wie Russland oder China mittlerweile zum festen Bestandteil der politischen und wirtschaftlichen Systeme in den Staaten des Westbalkans geworden sind.

Ein anschauliches Beispiel für dieses „illiberale Gleichgewicht“ stellt Serbien dar. Serbien als das größte und in absoluten Zahlen am stärksten von Covid-19 betroffene Land der Region ist paradigmatisch für einen wechselhaften und problematischen politischen Umgang mit der Pandemie. Fragte man sich noch zu Beginn der Corona-Krise, als sich die serbische Führung über das Virus lächerlich machte, welchen Weg das Regime Vučić einschlagen würde und wie die weitere Demokratie-Entwicklung beziehungsweise die Beziehungen zur EU aussehen würden, fällt die Antwort am Ende des Jahres 2020 eindeutig aus.

In der ersten Phase der Corona-Krise bestätigte der starke Mann Serbiens, Aleksandar Vučić, mit seinem Management der Corona-Krise und der begleitenden Rhetorik all jene kritischen Stimmen, die ihn und seine Herrschaft als autoritär bezeichnen. Dies wurde deutlich in der Wende Richtung China zu Beginn der Corona-Krise, vor allem aber in der Verhängung des Ausnahmezustandes, strengen Ausgangssperren und Verletzungen der Grund- und Menschenrechte unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung. Als er sich dann mitten in der Pandemie für die Durchführung der Parlamentswahlen entschied, für die er die strengen Maßnahmen stark lockerte und in die er mit einem enormen medialen, öffentlichen, aber auch infrastrukturellen Vorteil ging, mutierten der Staat und seine Institutionen eindeutig zu einer demokratischen Fassade für eine autoritär regierende Partei und ihren unumstrittenen Anführer. Die Wahl am 21. Juni 2020 wurde dadurch zu einer Farce, die die Serbische Fortschrittspartei (SNS) mit rund 62 Prozent für sich entscheiden konnte.

Kurz nach der Wahl, Anfang Juli 2020, brachen in Serbien die ersten Massenproteste in Zeiten von Covid-19 in Europa aus. Vučić selbst trat sie los, indem er angesichts der zu Beginn des Sommers stark steigenden Covid-19-Infektionszahlen – das war die zweite Covid-19-Welle in Serbien – neue Polizeisperrungen für Belgrad ankündigte. Bilder der Polizeigewalt gegen die Protestierenden gingen um die Welt, Vučić ließ Polizisten Tränengas und Schlagstöcke gegen Protestierende einsetzen. Danach ließ sich Vučić monatelang Zeit mit der

14 Agon Maliqi et al., *Transition to What? Western Balkan democracies in a state of illiberal equilibrium*, Prishtina 2020, abrufbar unter <https://sbunker.net/teh/90726/transition-to-what-western-balkans-democracies-in-a-state-of-iliberal-equilibrium/>

Regierungsbildung, um dann gleichzeitig mit der – verfassungsmäßig problematischen – Verkündung der neuen Regierung durch ihn selbst als Präsidenten der Republik der Öffentlichkeit gleich zu kommunizieren, dass die neue Regierung nur bis zum Frühjahr 2022 im Amt sein wird, beziehungsweise dass dann neu gewählt werden wird.

Eine Regierung mit Ablauffrist von Gnaden des allmächtigen Präsidenten, mit einem Parlament ohne Opposition und mit einer nahezu vollständigen Kontrolle der Gesellschaft durch die SNS und die regimetreuen Medien ist das Ergebnis. Im zweiten Halbjahr 2020 setzte das Regime auch auf das Mittel verstärkter Kontrolle von unabhängigen NGOs und regimekritischen Personen unter dem Vorwand der angeblichen Geldwäsche. Die Behörden leiteten hier nämlich eine Untersuchung gegen 20 Personen und 37 Organisationen ein, die allesamt als regimekritisch gelten.¹⁵ Diese Vorgehensweise fügt sich nahtlos in das Bild einer autoritären Herrschaft ein.

Blickt man in die nahe Zukunft, ist die Perspektive ziemlich düster. Die volkswirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden in Serbien, wie auf dem ganzen Balkan, enorm sein. Die Zahl der Arbeitslosen und der sozialen Härtefälle wird zunehmen. Die ohnehin tiefen Ungleichheiten innerhalb der serbischen Gesellschaft werden sich verstärken. Die Erfahrungen nach der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008/09 sprechen eine klare Sprache – die negativen politischen Folgen auf die Demokratie werden ebenfalls gravierend sein. Das System Vučić, so wie es seit 2012 funktioniert und nun in Covid-19-Zeiten sein autoritäres Gesicht gezeigt hat, schließt ein demokratisches Happy End aus. Viel eher scheint Serbien dem türkischen oder ungarischen Szenario näher – der fortgesetzten Herrschaft eines Mannes und einer Parteidictator, die sich mit aller Kraft an der Macht festkrallt.

Der französische Historiker und Demokratie-Theoretiker Pierre Rosanvallon beschreibt in seinem unlängst auf Deutsch erschienenen Buch „Das Jahrhundert des Nationalismus“, was in einer Gesellschaft passieren kann, wenn die komplexe und fein austarierte Balance der demokratischen Repräsentation Risse zeigt – wenn Parlamente zu Kulissen werden, wenn mit Notstandsverordnungen gearbeitet wird, wenn eine Politik der Emotionen jene der breiten öffentlichen Ausverhandlung und des Widerstreits schrittweise ablöst. Zwischen Angst und Passivität schwanke eine solche Gesellschaft, so Rosanvallon. Sie tendiere dazu, „vom Ressentiment beherrscht zu werden, der Vereinigung von Wut und Ohnmacht“, und muss folglich „das Wirkliche ständig vereinfachen und verzerrern, in der Hoffnung, es dadurch handhabbar zu machen“.

Am Ende, so Rosanvallon in Anlehnung an seine These vom Jahrhundert des Populismus, muss die Gesellschaft „Sündenböcke zur einzigen Ursache all ihrer Leiden erheben und kann sich selbst nur noch als kompakten Block verstehen, der radikal bösen und unheilvollen Mächten ausgesetzt ist“.¹⁶ Das Beispiel Serbien zeigt, dass gerade diese von Rosanvallon beschriebene Mischung (aus einer Politik der Angst und autoritärem und zuweilen völlig willkürlichem Regieren) zusammen mit einer sich verschlechternden sozio-ökonomischen Situation der Bevölkerung die Gefahr einer weiteren Autokratisierung von Staat und Gesellschaft verstärkt.

15 *Srdjan Govedarica*, Journalisten im Visier der Finanzbehörden, Deutschlandfunk, 17.8.2020, abrufbar unter https://www.deutschlandfunk.de/serbien-journalisten-im-visier-der-finanzbehoerden.2907.de.html?dram:article_id=482151

16 *Pierre Rosanvallon*, Das Jahrhundert des Populismus, Hamburger Edition, Hamburg 2020.

Wahlen im Corona-Jahr 2020: *More of the same* mit einigen Überraschungen

Im Gegensatz zu Serbien, wo das politische System nahezu unter vollständiger Kontrolle von Aleksandar Vučić und seiner Partei steht, hat es in der Region in anderen Staaten durchaus einige demokratiepolitisch positive Überraschungen gegeben. Hier sind vor allem die Ergebnisse der Parlamentswahl in Montenegro und der Lokalwahlen in Bosnien und Herzegowina zu nennen

In Montenegro fanden die Parlamentswahlen am 30. August 2020 statt und brachten ein überraschendes Ergebnis.¹⁷ Positiv war vorab die hohe Wahlbeteiligung von rund 77 Prozent der wahlberechtigten Wähler. Die Partei des seit drei Jahrzehnten regierenden Milo Đukanović, die Demokratische Partei der Sozialisten (DPS), musste sich den drei Oppositionslisten mit recht breiter und teils divergierender ideologischer Grundausrichtung geschlagen geben. Die stärkste Oppositionspartei, die nun auch den Regierungschef stellt, wurde das pro-serbische und ideologisch sicherlich problematische Bündnis „Für die Zukunft Montenegros“, welches auf der Welle der Mobilisierung durch die serbisch-orthodoxe Kirche gegen die geplanten Religionsgesetze¹⁸ der Đukanović-Regierung zu einem großen und für viele sehr überraschenden Erfolg gelangte. Die junge, linksliberale und grüne Partei URA wurde mit 5,5 Prozent und vier Mandaten zum Königsmacher.

Im Dezember 2020 wurde dann die erste montenegrinische Regierung ohne DPS-Beteiligung unter dem Ministerpräsidenten Zdravko Krivokapić und dem Vizeministerpräsidenten von der URA-Partei, Dritan Abazović, gebildet. Die neue Regierung hat im Parlament eine knappe Unterstützung von 41 Abgeordneten und wird es – nicht nur, aber auch wegen der Corona-Krise – keinesfalls leicht haben. In der Regierungskasse fehlen für das kommende Jahr derzeit 600 Millionen Euro, die Staatsschulden haben eine Höhe von vier Milliarden Euro erreicht. Die Kritik am möglichen nationalistischen und pro-serbischen Kurs der neuen Regierung ist ebenfalls stark. Es bleibt aber festzuhalten, dass es in einem durchaus autoritär und stramm regierten Land in Südosteuropa, ähnlich wie in Nordmazedonien 2016, doch möglich war, in freien Wahlen einen Regimewechsel herbeizuführen. Aus demokratiepolitischer Sicht ist dies sicherlich ein positiver Schritt.

Die andere positive Überraschung ist Bosnien und Herzegowina, das 2020 den 25. Jahrestag des Abkommens von Dayton begeht. Ausgerechnet inmitten der Corona-Pandemie, die auch Bosnien hart getroffen hat, ist etwas Bewegung in die eingefrorene politische Landschaft gekommen. Bei den Lokalwahlen fand in einigen Landesteilen eine politische Mini-Revolution statt. In der Föderation konnte die sogenannte „Vierer-Koalition“, bestehend aus nicht-nationalistischen Parteien, in einigen Gemeinden wichtige Erfolge feiern. Symbolisch von großer Bedeutung ist der Erfolg von Srđan Mandić, dem Kandidaten der progressiven Naša Stranka (Unsere Partei), der sich in der Stadtgemeinde Zentrum in Sarajevo gegen den Kandidaten der national-konservativen SDA durchsetzen konnte.

Im größten Kanton des Landes, dem Kanton Sarajevo, wird es bald eine neue Regierung mit Vertretern dieser „Vierer-Koalition“ an der Spitze geben. Die politischen Führungspersonlichkeiten dieser neuen Koalition versprechen eine neue Form der bürgerorientierten

17 Zu den Wahlen in Montenegro, den schwierigen Koalitionsverhandlungen und der umstrittenen Regierungsbildung sind regelmäßige Berichte von Balkan Insight auf www.balkaninsight.com sehr instruktiv, darunter z. B. Balkan Insight, Montenegro Elects First Government Without Djukanovic Party, 4 December 2020, abrufbar unter <https://balkaninsight.com/2020/12/04/montenegro-elects-first-government-without-djukanovic-party/>

18 S. dazu <https://www.ard-wien.de/2020/02/14/neues-religionsgesetz-spaltet-montenegro/> sowie <https://ostkirchen.info/montenegro-venedig-kommission-zum-neuen-religionsgesetz/> (Anm. d. Red.)

Politik jenseits des ethnischen Bremsklotzes. In der Republika Srpska gab es ebenfalls eine wichtige Veränderung. Der mächtigste Politiker in der kleineren Entität, Milorad Dodik, erlitt einen herben Verlust in Banja Luka, wo der junge Kandidat der Opposition, Draško Stanivuković, den Sieg im Rennen um den Bürgermeistersessel davontrug. Stanivuković agierte nicht weniger nationalistisch als Dodik, prangert aber die Korruption der herrschenden SNSD an und setzt auf Rechtsstaatlichkeit. Das ist ein Novum.

Der doch beachtliche Erfolg einiger Parteien, die sich jenseits der korrupten ethno-politischen Logik befinden, verweist deutlich darauf, dass für viele Bürger ein funktionierender Staat, verantwortungsvolles und transparentes Regieren und effiziente Institutionen doch wichtiger sind als die Frage der ethnischen Identität. Hier haben sicherlich auch die Affären der regierenden Koalition und deren schlechtes Management der Corona-Pandemie dazu beigetragen, dass vielen Bürgern gewissermaßen „die Augen geöffnet wurden“. Man darf natürlich die Ergebnisse der Lokalwahlen und den Erfolg der „Vierer“-Koalition nicht überbewerten. Die Wahlergebnisse verweisen aber doch darauf, dass auch in einem Land, in dem es seit 25 Jahren kaum politische Bewegung im eingefrorenen ethno-politischen Klima gab, Demokratie Chancen hat.

Auch die Wahlen in Nordmazedonien, die nach der ersten akuten Phase der Covid-19-Pandemie am 15. Juli 2020 abgehalten wurden, brachten eine knappe Bestätigung für die zuletzt regierenden Sozialdemokraten mit Premierminister Zoran Zaev an der Spitze. Die Wahl in Nordmazedonien war bis zu einem gewissen Grad eine Richtungsentscheidung für das Land. Nach dem politisch hart erkämpften Namenswechsel und der Hoffnung, dass das Land die EU-Verhandlungen über die Mitgliedschaft würde aufnehmen können, kam im Oktober 2019 das französische Nein zur Aufnahme der Verhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien. Diese temporäre Blockade des weiteren EU-Integrationsprozesses kam einer kalten Dusche für die reformorientierte nordmazedonische Regierung gleich.

Der NATO-Beitritt konnte nicht darüber hinwegtrösten, dass das große Versprechen der schnelleren und für das Land notwendigen EU-Integration nicht erfüllt werden konnte. Die Opposition übte starken Druck auf die regierenden Sozialdemokraten aus, sowohl in Bezug auf das Management der Covid-19-Pandemie im Land als auch in Bezug auf den angeblichen Verrat der mazedonischen Sache für einen Kompromiss mit der EU, der keiner ist. Die letzten zwei Monate des Jahres 2020 waren für die Regierung Zaev, die nur über eine sehr knappe Mehrheit im Parlament verfügt, politisch noch schwieriger als der Rest des Jahres. Der von Bulgarien vom Zaun gebrochene neue Streit über die Geschichte, die Sprache und die mazedonische Identität,¹⁹ die trotz starker Bemühungen der deutschen Ratspräsidentschaft in einer Blockade des Beginns der EU-Verhandlungen durch Bulgarien gipfelte, versetzte nicht nur den nordmazedonischen EU-Ambitionen, sondern insgesamt dem EU-Erweiterungsprozess auf dem Westbalkan einen starken Dämpfer.

Das Zeitalter der Verschwörungstheorien – Woran glauben die Menschen in Südosteuropa in Zeiten der Covid-19-Pandemie?

In Südosteuropa war die Tendenz zu Verschwörungstheorien bereits vor dem Ausbruch der Corona-Krise sehr stark. Immer wieder wurden Gerüchte und Theorien bemüht über die Einmischung der großen Mächte, vor allem der USA und der Geheimdienste, in die Geschi-

19 S. dazu auch den Beitrag von *Christian Voß* in diesem Heft, S. 51–62.

cke der Region. Die Impfgegnerschaft beispielsweise war in allen Staaten der Region bereits vor der Pandemie verhältnismäßig sehr stark ausgeprägt und führte zu breiten öffentlichen Debatten, die zum Bereich der „alternativen Fakten“ und Verschwörungstheorien gezählt werden können.

Bei Verschwörungstheorien steht im Mittelpunkt immer das imaginierte und das die eigene Gruppe bedrohende „Andere“, das als Gefahr und Gegner dargestellt und dämonisiert wird. Im Kontext der Covid-19-Pandemie kam es weltweit zu einer rasanten Verbreitung der Verschwörungstheorien, die auch in den Staaten des Westbalkans auf sehr fruchtbaren Boden fielen. In der Ende des Jahres 2020 präsentierten Studie der „Balkans in Europe Policy Advisory Group“ (BiEPAG) wurden die Ergebnisse einer repräsentativen und in allen Staaten der Region durchgeführten Meinungsumfrage präsentiert.²⁰ Die Ergebnisse sind eindeutig und aus der Sicht der weiteren Bekämpfung des Corona-Virus besorgniserregend.

Erstens ist es auffällig, dass der Prozentsatz jener, die an eine der gängigen Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit dem Covid-19-Virus glauben, im Vergleich zu den meisten anderen Staaten in Europa sehr hoch ist. In Deutschland sind es zwischen zehn und zwanzig Prozent der Bevölkerung, in Italien oder Polen kumulativ betrachtet etwa ein Viertel der Bevölkerung, die an eine der Covid-19-Verschwörungstheorien glauben. In den ost- und zentraleuropäischen Mitgliedstaaten der EU wie der Slowakei, Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien, liegt dieser Prozentsatz ebenfalls zwischen zwanzig und etwa 35 Prozent der Bevölkerung.²¹

Die Studie von BiEPAG hat sich die Verbreitung der gängigsten Verschwörungstheorien über Covid-19 angesehen, und zwar jene, wonach a) das Virus in einem chinesischen Labor künstlich hergestellt wurde, b) die Pharmaindustrie in die Verbreitung des Virus involviert ist, c) eine starke Verbindung zwischen der 5G-Technologie und dem Virus besteht, d) das US-Militär das Virus als biologische Waffe erzeugt hat und einsetzt und letztlich e) Bill Gates das Virus benutzt, um eine Impfung zu promovieren, mit der den Menschen Chips mit einer Ortungsfunktion eingebaut werden.²²

Im Schnitt glauben zwischen 40 bis 60 Prozent der Bevölkerung stark bis weniger stark an einzelne dieser Theorien. Die kumulativen Ziffern jener, die an eine dieser Verschwörungstheorien stark oder bis zu einem gewissen Grad glauben, ist noch weitaus höher und erreicht Werte zwischen 70 und 80 Prozent. In einzelnen Bevölkerungsgruppen oder Teilen der Region erreichen diese Ziffern schwindelerregende Höhen. So sind etwa in Albanien, wo insgesamt prozentual betrachtet die größte Verbreitung der Verschwörungstheorien vorhanden ist, 65 Prozent der befragten Personen überzeugt, dass das Virus bewusst von China erzeugt wurde, beziehungsweise dass es aus einem Labor in Wuhan stammt (58 Prozent). Bei der Gruppe der als Minderheit in Kosovo lebenden Serben glauben 86 Prozent an die Bill Gates-Verschwörungstheorie beziehungsweise nahezu 94 Prozent an die Einmischung der Pharmaindustrie in der Erzeugung und Verbreitung des Covid-19-Virus.

Ein anderes Ergebnis der von BiEPAG präsentierten Meinungsumfrage ist im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie die Bekämpfung des Virus und damit auch die

20 *Balkans in Europe Policy Advisory Group (BiEPAG), The Suspicious Virus: Conspiracies and COVID19 in the Balkans, primary authors Florian Bieber, Tena Prelec, Dejan Jovic and Zoran Nechev, Belgrad, December 2020.*

21 Vgl. *Globsec, Globsec Trends 2020, Central Europe, Eastern Europe & Western Balkans at the Times of Pandemic, Globsec, Bratislava 2020.*

22 Siehe BiEPAG-Studie Dezember 2020.

wirtschaftliche und sozio-ökonomische Erholung der Region von zentraler Bedeutung, und zwar jenes, das auf die Impfbereitschaft, beziehungsweise Impfgegnerschaft in den sechs Westbalkanstaaten verweist. Hier sind die Daten extrem besorgniserregend. Im Schnitt ist die Impfbereitschaft in den sechs Staaten des Westbalkans deutlich geringer als in anderen europäischen Staaten. 53,4 Prozent der Bevölkerung wären laut dieser Meinungsumfrage nicht bereit, sich gegen das Covid-19-Virus impfen zu lassen. Auf der anderen Seite sagen nur 39,2 Prozent, dass sie sich wahrscheinlich oder auch sicher werden impfen lassen. In allen Staaten der Region, mit Ausnahme von Montenegro, lehnt die Mehrheit der Bevölkerung die Impfung derzeit ab.

Statt der Conclusio – Ist nach der Krise vor der Katastrophe?

Der deutsche Autor Georg Seeßlen stellt im Titel seines neuen Buchs zur Corona-Krise die Frage, ob nach der Krise wohl vor der Katastrophe ist.²³ Während noch am Beginn der Pandemie die Hoffnung groß war, dass die Krise auch eine Chance sein wird, stellt sich heraus, so Seeßlen, dass es sehr viele Verlierer der Krise geben wird und eine bessere Post-Corona-Welt sich kaum und jedenfalls nicht so schnell einstellen wird. Dies gilt für alle von der Covid-19-Pandemie betroffenen Staaten, umso mehr aber auch für jene wie auf dem Westbalkan, die bereits vor der Krise mit großen strukturellen Problemen politischer und sozio-ökonomischer Natur kämpfen.

Im Allgemeinen kann man schlussfolgern, dass die „Normalisierung“ der Gesellschaften in Südosteuropa nicht so schnell erfolgen wird. Die Prognosen für das Jahr 2021 gehen davon aus, dass mit einem Beginn der Impfung erst im zweiten Quartal oder im zweiten Halbjahr gerechnet werden kann. Wie derzeit alle Studien zeigen und die WHO schätzt, ist für einen hinreichenden Schutz eine Durchimpfungsrate der Bevölkerung von 60 bis 70 Prozent für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Pandemie notwendig. Wenn man diese Ziffer vor Augen hat und an die derzeit noch sehr hohe Ablehnung der Impfung durch die Bevölkerungen in den Westbalkanstaaten denkt, dann müssen wir von einer prolongierten gesundheitlichen und damit auch sozio-ökonomischen, beziehungsweise gesamtgesellschaftlichen Krise ausgehen. Dies wird nicht ohne Implikationen für die Demokratie in der Region bleiben.

Im meinem ersten Artikel zu den Folgen der Corona-Krise auf dem Westbalkan wurde am Ende des Beitrags die Frage thematisiert, ob die Corona-Krise womöglich als eine demokratiepolitische Chance für die einzelnen Staaten und die gesamte Region betrachtet werden kann. Ich verwies darauf, dass es gerade im ersten Lockdown zahlreiche neue und zum Teil überregionale Formen der Solidarität gegeben hat, die auf das zu wenig genutzte Solidaritäts-Potenzial in der Region verweisen. Wenn auch die großen solidarischen Aktionen rar sind und eine gewisse Ermüdung und Ermattung der Bevölkerung festzustellen ist, gibt es weiterhin zahlreiche lokale Solidaritätsinitiativen für Ärzte und das medizinische Personal oder für Einzelpersonen, die von der Krise am schwersten betroffen sind. Diese Solidaritätsgesten reichen von nachbarschaftlicher Hilfe über das Sammeln von Geldern für die Bedürftigsten bis hin zur Unterstützung für alte Menschen.

Auf der anderen Seite haben wir im Jahr 2020 gesehen, dass politische Veränderungen sogar in jenen Staaten wie Montenegro oder Bosnien und Herzegowina, wo dies angesichts

23 Georg Seeßlen, Coronakontrolle, oder: Nach der Krise ist vor der Katastrophe. Die Post-Corona-Gesellschaft und was sie uns über die Zukunft erzählt, bahoe books, Wien 2020.

der starken und langanhaltenden Dominanz bestimmter politischer Parteien und Gruppierungen kaum jemand prognostizieren konnte, möglich sind. Die eigens geschilderte und für die Demokratie-Entwicklung in der Region paradigmatische Situation in Serbien wurde weiter oben ausführlicher thematisiert. Hier gibt es derzeit, sowohl im Hinblick auf eine Dynamisierung der politischen Szene als auch im Hinblick auf die Entstehung einer starken politischen Alternative gegen den autoritären Regierungskurs von Vučić recht wenig Positives zu vermelden.

Besorgniserregend sind auch die Entwicklungen in Albanien. Im Frühjahr werden in Albanien die Parlamentswahlen stattfinden, welche viele Unsicherheiten mit sich bringen. Derzeit sieht es danach aus, als ob der regierende Edi Rama mit seiner Sozialistischen Partei Albanien mit allen – durchaus in manchen Punkten demokratisch fragwürdigen und autoritären Mitteln – den politischen Wettbewerb zu seinen Gunsten steuern und beeinflussen will. Der Abriss des alten Nationaltheaters in Tirana in einer Nacht- und Nebelaktion inmitten der Corona-Krise im Mai 2020 und der gewaltsame Umgang mit Demonstrationen zeigen, dass Edi Rama ohne demokratische Skrupel agiert.²⁴

Auch die neueste Welle der Demonstrationen in Albanien im Dezember 2020, die sich an der Tötung eines jungen Albaners durch die Polizei in Tirana wegen angeblicher Verletzung der polizeilichen Sperrstunde entzündete und bei denen die Polizei Tränengas und Gewalt gegen die Demonstranten einsetzte,²⁵ unterstreicht noch einmal die Bereitschaft, das Regime – wenn notwendig – auch mit repressiven Mitteln zu stützen.²⁶ Ähnlich wie in Serbien kann auch für Albanien behauptet werden, dass die langanhaltende Corona-Pandemie und der autoritäre Umgang der Regierung mit der Krise zunehmend für Unmut und Zorn vieler Bürger sorgen, die sich gegen das Regime richten.

Gewiss, die Krise der EU-Erweiterung, die im Jahr 2020 mit der Blockade der Aufnahme der Verhandlungen Nordmazedoniens mit der EU durch Bulgarien weiter vertieft wurde, beschränkt die Handlungsspielräume der EU und hat negative demokratiepolitische Folgen. Der notwendige Druck der EU auf die Region bleibt Ende des Jahres begrenzt. Reformen – vor allem im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung der Korruption – bleiben aus. Einige nationale Machthaber nutzen die Schwäche der EU und agieren immer stärker „an der EU vorbei“ und untergraben die Demokratie, wie zum Beispiel in Serbien. Einige andere verzweifeln eher an der EU, ihren neuen Blockaden und nicht erfüllten Versprechen, wie dies die nordmazedonische Regierung tut. Die jüngste, leidliche Rechtsstaatlichkeitsdebatte innerhalb der EU, mit einem offenen Affront Polens und Ungarns gegen den Rest der Mitgliedstaaten, haben der Union als einem normativen „Role Model“ weltweit und so auch auf dem Westbalkan erheblichen Schaden zugefügt.

Eines hat das Corona-Jahr 2020 im Hinblick auf die europäische Perspektive des Westbalkans deutlich gemacht: Will man den endgültigen Tod des einst europäischen Vorzeigeprojekts, der EU-Erweiterung, verhindern, wird man nicht mehr so wie bisher weiter

24 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 18.5.2020, abrufbar unter <https://www.sueddeutsche.de/kultur/albanien-tirana-nationaltheater-abriss-1.4911488>

25 Vgl. Der Standard, 12.12.2020, abrufbar unter <https://www.derstandard.at/story/2000122447271/proteste-gegen-polizeigewalt-gehen-in-albanien-weiter>

26 Vgl. zur Kritik an der Gewalt gegen die Demonstranten das Statement von *Dunja Mijatović*, der Menschenrechtskommissarin des Europarates, am 16. Dezember 2020, abrufbar unter <https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/albanian-authorities-must-prevent-further-police-violence-and-uphold-the-right-to-freedom-of-peaceful-assembly>

machen können. Die Redewendung von der „Zukunft der gesamten Region in der EU“, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union vom 14. September 2020 prägte,²⁷ muss dringend die Transformation von der Phrase zur politischen Priorität durchmachen.

²⁷ Europäische Kommission, 16.9.2020, abrufbar unter https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_20_1655